



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der CDU-Fraktion
hier: Möglichkeiten für virtuelle und hybride Gremiensitzungen schaffen

Beratungsfolge:

01.10.2020 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur konstituierenden Ratssitzung am 5. November 2020 einen Textvorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung des Rates zu unterbreiten, der rein virtuelle und hybride Gremiensitzungen möglich macht.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, unverzüglich die technischen Voraussetzungen für virtuelle und hybride Gremiensitzungen zu schaffen. Der Rat wird zu seiner Sitzung am 5. November über einen entsprechenden Zeitplan in Kenntnis gesetzt.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind nicht betroffen



**CDU**

Ratsfraktion Hagen

Dringlichkeitsantrag für die Sitzung des Rates am 01.10.2020

Möglichkeiten für virtuelle & hybride Gremiensitzungen schaffen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

gemäß § 6 Absatz 2 der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des 7. Nachtrages vom 21. April 2020 beantragen wir im Rahmen der Dringlichkeit für die Sitzung des Rates einen Tagesordnungspunkt zu folgendem Thema:

Möglichkeiten für virtuelle und hybride Gremiensitzungen schaffen

1. **Bericht der Verwaltung** zu den rechtlichen und technischen Grundlagen
2. **Diskussion**

Vorläufiger Beschlussvorschlag:

1. ***Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur konstituierenden Ratssitzung am 5. November 2020 einen Textvorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung des Rates zu unterbreiten, der rein virtuelle und hybride Gremiensitzungen möglich macht.***
2. ***Die Verwaltung wird aufgefordert, unverzüglich die technischen Voraussetzungen für virtuelle und hybride Gremiensitzungen zu schaffen. Der Rat wird zu seiner Sitzung am 5. November über einen entsprechenden Zeitplan in Kenntnis gesetzt.***

Begründung:

Als Reaktion auf die erste Infektionswelle der derzeit laufenden Corona-Pandemie hat die Verwaltung der Stadt Hagen situationsgerecht und als guter Arbeitgeber auf die Herausforderung des Infektionsschutzes reagiert. Unbürokratisch haben viele Ämter insbesondere Funktionen aus dem Back-Office-Bereich in das so genannte Homeoffice verlagert. Im Ergebnis führte das dazu, dass ein weit größerer Teil an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als bisher seine Arbeit im Homeoffice erbringen durfte. Soweit dem Antragsteller bekannt, wurden – wo nötig – die dazu erforderlichen technischen Rahmenbedingungen unbürokratisch und im Rahmen des Möglichen geschaffen. Bislang davon unberührt geblieben sind der Rat und seine Gremien.

Da im Herbst und Winter mit einer Zunahme der Infektionstätigkeit (zweite Welle) gerechnet wird, sind zeitlich befristete Quarantänemaßnahmen für einzelne oder mehrere Mandatsträger nicht auszuschließen. Insbesondere in Verdachtsfällen kann das dazu führen, dass Gremienvertre-

Wir sind die CDU Ratsfraktion Hagen:

Vorsitzender: Dr. Stephan Ramrath, stellvertretende Vorsitzende, Willi Strüwer, Jörg Klepper und Thomas Walter, Bürgermeister Dr. Hans-Dieter Fischer, Pressereferentin: Melanie Purps, Beisitzer: Stefan Ciupka, Corinna Niemann, Detlef Reinke, Stephan Treß und Rainer Voigt, sowie die Mitglieder Peter Beyel, Marianne Cramer, Martin Erlmann, Hanne Fischbach, Achim Kämmerer, Ellen Neuhaus, Wolfgang Röspel, Gerhard Romberg und Meinhard Wirth.

terinnen und -vertreter ohne vorliegende Infektion an Gremiensitzungen nicht teilnehmen können. Dies kann im schlimmsten Fall zur Beschlussunfähigkeit von Gremien führen.

Um diese Situation gar nicht erst entstehen zu lassen, sollten kurzfristig alle technischen und organisatorischen Maßnahmen ergriffen werden, die eine vollständig virtuelle oder hybride Sitzungsteilnahme ermöglichen.

Dabei könnte die Verwaltung eine ähnliche Dynamik entfalten, wie bei der Ausweitung der Homeoffice-Arbeitsplätze der Verwaltung in der ersten Corona-Infektionswelle.

Begründung der Dringlichkeit:

Anhand des aktuellen Beispiels Hamm lässt sich gerade ablesen, wie schnell das Infektionsgeschehen eine starke Dynamik entwickeln kann, die möglicherweise wieder zu lokalen Schließungen oder Versammlungsverboten führen können. Der bevorstehende Herbst lässt eine zusätzliche Steigerung der Fallzahl erwarten. Deshalb scheint eine frühzeitige Entscheidung geboten. Würde die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung des Rates im November warten, ginge unnötige Vorbereitungszeit verloren. Dann wäre es möglicherweise zu spät.

Mit freundlichen Grüßen verbleiben



Dr. Stephan Ramrath
Fraktionsvorsitzender



F.d.R. Alexander M. Böhm
Geschäftsführer

Wir sind die CDU Ratsfraktion Hagen:

Vorsitzender: Dr. Stephan Ramrath, stellvertretende Vorsitzende, Willi Strüwer, Jörg Klepper und Thomas Walter, Bürgermeister Dr. Hans-Dieter Fischer, Pressereferentin: Melanie Purps, Beisitzer: Stefan Ciupka, Corinna Niemann, Detlef Reinke, Stephan Treß und Rainer Voigt, sowie die Mitglieder Peter Beyel, Marianne Cramer, Martin Erlmann, Hanne Fischbach, Achim Kämmerer, Ellen Neuhaus, Wolfgang Röspel, Gerhard Romberg und Meinhard Wirth.



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

30 Rechtsamt

15 Fachbereich für Informationstechnologie und Zentrale Dienste

Betreff: Drucksachennummer: 0845/2020
Vorschlag der CDU-Fraktion
hier: Möglichkeiten für virtuelle und hybride Gremiensitzungen schaffen

Beratungsfolge:
01.10.2020 Rat der Stadt Hagen



Zum Antrag der CDU-Fraktion gem. § 6 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates nimmt die Verwaltung vorbehaltlich der abschließenden Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie der technischen Machbarkeit wie folgt Stellung:

Es handelt sich beim Thema Durchführung von virtuellen bzw. hybriden Sitzungen politischer Gremien um eine sowohl technisch als auch rechtlich sehr komplexe Materie, die in der Kürze der Zeit nicht vollständig durchdrungen werden oder gar strukturiert einer Lösung zugeführt werden kann. Die bei einer Lösungsfindung zu beachtenden wesentlichen Gesichtspunkte sollen gleichwohl dargestellt werden. Die Verwaltung hat zudem das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie den Städtetag um eine Einschätzung und ggf. um entsprechende Hinweise gebeten.

Einige Bundesländer haben für den Fall von Naturkatastrophen oder anderen außergewöhnlichen Notsituationen entsprechende Regelungen geschaffen bzw. planen dies. Beispielhaft sei hier auf die Bestimmung aus der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hingewiesen, die wie folgt lautet:

„ § 37a - Durchführung von Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum

(1) Durch die Hauptsatzung kann bestimmt werden, dass notwendige Sitzungen des Gemeinderats, ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum durchgeführt werden können; dies gilt nur, sofern eine Beratung und Beschlussfassung durch zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton mittels geeigneter technischer Hilfsmittel, insbesondere in Form einer Videokonferenz, möglich ist. Dieses Verfahren darf bei Gegenständen einfacher Art gewählt werden; bei anderen Gegenständen darf es nur gewählt werden, wenn die Sitzung andernfalls aus schwerwiegenden Gründen nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden könnte. Schwerwiegende Gründe liegen insbesondere vor bei Naturkatastrophen, aus Gründen des Seuchenschutzes, sonstigen außergewöhnlichen Notsituationen oder wenn aus anderen Gründen eine ordnungsgemäße Durchführung ansonsten unzumutbar wäre. Bei öffentlichen Sitzungen nach Satz 1 muss eine zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton in einen öffentlich zugänglichen Raum erfolgen.

(2) Die Gemeinde hat sicherzustellen, dass die technischen Anforderungen und die datenschutzrechtlichen Bestimmungen für eine ordnungsgemäße Durchführung der Sitzung einschließlich Beratung und Beschlussfassung eingehalten werden. In einer Sitzung nach Absatz 1 Satz 1 dürfen Wahlen im Sinne von § 37 Absatz 7 nicht durchgeführt werden. Im Übrigen bleiben die für den Geschäftsgang von Sitzungen des Gemeinderats geltenden Regelungen unberührt.

(3) Bis 31. Dezember 2020 findet Absatz 1 mit der Maßgabe Anwendung, dass eine Regelung in der Hauptsatzung nicht erforderlich ist.“



Eine vergleichbare Regelung gibt es in Nordrhein-Westfalen nicht. Nordrhein-Westfalen hat seinerzeit zur Reduzierung der Gefahr, sich mit Covid-19 anzustecken, die Möglichkeit einer Übertragung sämtlicher Entscheidungen des Rates und der Ratsausschüsse auf den Haupt- und Finanzausschuss vorgesehen, die Möglichkeit virtueller oder hybrider Sitzungen dagegen nicht.

Ungeklärt ist bislang die Frage, ob solche Sitzungen auch bei jetziger Rechtslage durchgeführt werden dürfen, wenn die Anforderungen, die die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) für öffentliche bzw. nichtöffentliche Sitzungen vorsieht, eingehalten werden oder ob es hierfür zwingend der Einführung einer zusätzlichen gesetzlichen Regelung bedarf.

Der Rat fasst seine Beschlüsse in Sitzungen (Sitzungsprinzip). § 47 Abs. 1 GO NRW sieht ein „Zusammentreten“ des Rates vor. In § 49 GO NRW ist von der „Anwesenheit“ von Ratsmitgliedern die Rede. Beschlüsse im schriftlichen Umlaufverfahren sind, wie sich aus dem Gesamtzusammenhang dieser Bestimmungen ergibt, unzulässig (vgl. PdK NW B-1, Plückhahn/Faber zu § 47 GO NRW). Obgleich in Literatur und Praxis überwiegend davon ausgegangen wird, dass die Mandatsträger körperlich anwesend sein müssen, ist grundsätzlich vorstellbar, dass auch ein lediglich virtuelles Zusammentreten oder anwesend sein dem Sitzungsprinzip genügt (vgl. Kersten/Rixen, Der Verfassungsstaat in der Corona-Krise 1. Auflage 2020).

Der Öffentlichkeitsgrundsatz genießt Verfassungsrang. Er hat Transparenz-, Kontroll- und Willensbildungsfunktion, d. h. der Prozess der Entscheidungsfindung, die spätere Entscheidung und wer sie wie getroffen hat, sollen für den Bürger erkennbar sein und nachvollzogen werden können. Diesen Grundsätzen muss eine virtuelle Sitzung genügen. Verstöße dagegen machen die gefassten Beschlüsse unwirksam (vgl. PdK NW B-1, Plückhahn/Faber zu § 48 GO NRW). Hieraus folgt, dass auch bei einer virtuellen Sitzung die Teilnehmer als Personen und in ihrem Abstimmungsverhalten nicht nur für die anderen Mandatsträger, sondern auch für die anwesenden Zuschauer erkennbar sein müssen. Sinnvollerweise sollte aus diesem Grunde eine Ton- und Bildübertragung in einen zentralen Sitzungssaal erfolgen. Eine ausschließliche Tonübertragung dürfte nicht genügen. Auch geheime Abstimmungen müssen dabei möglich sein.

Wegen der mit einer virtuellen oder hybriden Sitzung verbundenen Unsicherheiten ist die Verwaltung der Ansicht, dass es hier einer gesetzlichen Regelung bedarf, die die einzuhaltenden Regeln so eindeutig festschreibt, dass der Öffentlichkeitsgrundsatz eingehalten werden kann und hinsichtlich der Wirksamkeit von gefassten Beschlüssen keine Probleme entstehen. Die Verwaltung bittet daher darum, den unter Punkt 2 des Antrags vorgeschlagenen Beschluss zunächst nicht zu fassen.

Eine erste Prüfung der technischen Anforderungen hat zunächst zu folgender Einschätzung geführt:

Aus technischer Sicht ist eine Gremiensitzung einzustufen wie eine virtuelle Konferenz. Mittels der bereits vorhandenen Lösung Cisco WebEx-Meeting wäre es bereits jetzt möglich, dass sich alle Gremienmitglieder in ein Meeting einwählen. Voraussetzung wäre, dass z. B.



der jeweilige Vorsitzende oder eine entsprechend beauftragte Person die technische Gastgeberrolle übernimmt. In der praktischen Umsetzung könnte diese Aufgabe der Geschäftsführung für das Gremium zugeordnet werden. Des Weiteren müssten alle Gremienmitglieder über ein Tablet, ein Laptop oder einen PC mit Kamera und Mikrofon verfügen.

Bei hybriden Sitzungen müsste sich jedes Gremienmitglied zusätzlich zu seiner Teilnahme vor Ort von seinem Platz aus parallel in das virtuelle Meeting einwählen. So würde man erreichen, dass alle Sitzungsteilnehmer in Verbindung zueinander stehen. Für die Zuhörer bei einer öffentlichen Sitzung könnte eine Übertragung von Redebeiträgen der nicht anwesenden Teilnehmer von einem „Dummy-Platz“ aus per Lautsprecher erfolgen. Für Abstimmungen könnten die Gremienmitglieder (auf der Leinwand) eingeblendet werden. Für Beiträge von anderen Personen als den Sitzungsteilnehmern müsste an einer zentralen Stelle ein Gerät (z. B. ein Tablet) bereitgestellt werden, das die Übertragung von Beiträgen in das virtuelle Meeting ermöglicht.

Für eine praktische Umsetzung wären aus technischer Sicht insbesondere noch folgende Punkte zu klären:

- Definition der technischen Ausstattung der Gremienmitglieder
- Anforderungen an die technische Ausstattung von Sitzungsräumen insbesondere für die Realisierung von hybriden Sitzungen
- erforderliche Bandbreite des Internetzugangs im Sitzungsraum und ggfs. Backup-Leitung
- Aufgaben der virtuellen Gastgeber
- Umfang des technischen Supports bei Sitzungen vor Ort
- Schulungsbedarfe zum Umgang mit WebEx-Meeting

Insbesondere zur Frage des Umfangs des technischen Supports sei darauf verwiesen, dass die beim Fachbereich dafür zuständigen Mitarbeiter*innen aus der Abteilung Technischer Betrieb durch die momentan praktizierte Betreuung der vielen in den Ratssaal verlagerten Sitzungen bereits jetzt über die Belastungsgrenze hinaus gefordert sind. Die Stadtkanzlei und der Fachbereich für Informationstechnologie und Zentrale Dienste stehen hier zurzeit in Verhandlungen, um eine Lösung zu finden.

gez. Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

gez. Christoph Gerbersmann
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung



Ja



Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Amt/Eigenbetrieb:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:
